

Kommunismus - eine veraltete Ideologie und Theorie?

Noch nie waren die Kommunisten in der Welt als politische Kraft in ihrem ideologischen und theoretischen Kampf so schwach, um einen pausiblen sozialistisch programmatischen Ausweg aus dem Kapitalismus aufzeigen zu können, wie heute. Und dennoch: Noch nie war andererseits gerade der Marxismus mit seinem gesellschafts-analytischen Instrumentarium derart weit gerade auch unter den Intellektuellen der 3. Welt verbreitet wie heute, waren die allgemeinen marxistischen Analysen der bürgerlichen Gesellschaft derart zutreffend.

Wenn auch die Kommunisten organisatorisch weitgehend geschwächt und die konkrete Umsetzung in dem

realen Sozialismus diskreditiert sind, findet die allgemeine Weltanschauung und wissenschaftliche Methode der Kommunisten eine immer größere Verbreitung, insbesondere in den Ländern der 3. Welt. Und entsprechend reagieren die Herrschenden in Südostasien - gerade erst wieder in Singapur (siehe Singapur Nachrichten) -, wie es für Europa im letzten Jahrhundert von Marx/Engels im kommunistischen Manifest beschrieben wurde:

"Wo ist die Oppositionspartei, die nicht von ihren regierenden Gegnern als kommunistisch verschrien worden wäre, wo die Oppositionspartei, die den fortgeschrittenen

Oppositionsleuten sowohl wie ihren reaktionären Gegnern den brandmarkenden Vorwurf des Kommunismus nicht zurückgeschleudert hätte?"

Peter Franke

ANMERKUNGEN

- ¹ Neil Sheean, Die Pentagon-Papiere. Die geheime Geschichte des Vietnam Krieges (deutsche Übersetzung), München/Zürich 1971, S.27.
- ² vgl. J. Horlemann, Modelle der kolonialen Konterrevolution, Beschreibung und Dokumente, Frankfurt 1968.

Kommentar:

Hat Brunei Nicaragua den Krieg erklärt?

Das ASEAN-Mitglied Brunei ist mit großen Summen an der Finanzierung des Krieges gegen Nicaragua beteiligt. Dies ist - sozusagen als Nebenprodukt - vor dem Untersuchungsausschuß des US-Senats über die Iran-Waffenhandelsaffäre ans Licht gekommen. Durch einen kuriosen Übermittlungsfehler im weltumfassenden elektronischen Überweisungssystem "Swift" läßt sich nun mindestens eine 10-Millionen-Dollar-Spende des Sultans für die nicaraguanischen Contras nachweisen. Diese Summe landete nämlich nicht auf dem vorgesehenen Geheimkonto des amerikanischen Geheimdienstes CIA bei der Schweizerischen Kreditanstalt in Genf (die übrigens auch einen großen Teil der zusammengeräuberten Marcos-Millionen verwaltet), sondern auf dem Konto eines Genfer Schiffskaufmanns. Der freute sich über den "kleinen Fehler" der Bank, sagte nichts, sondern legte das Geld schnell bei einer anderen Bank zinsträchtigt an. Neun Monate merkte niemand etwas - bis vor dem Senatsausschuß das Stichwort von der "Sultan-Spende" fiel und keiner wußte, wo das Geld geblieben war. Diplomatische Nachforschungen führten schließlich zu einer "Sicherstellung" des Geldes in der Schweiz und deckten auf, daß der für Lateinamerika zuständige Staatssekretär im Washingtoner Außenministerium Abrams den Senat bis dahin bewußt "irreführt" hatte, wie er am 3. Juni offen ein-

gestand. Er habe bisher nicht die Erlaubnis von Außenminister Shultz gehabt, "die Sache" offenzulegen.

"Die Sache" wirft ein kurzes Schlaglicht auf eine der dunkelsten Seiten der internationalen Politik: offensichtlich hat die US-Regierung ein internationales Netzwerk zur Finanzierung antikommunistischer terroristischer Banden aufgebaut, das immer dann zum Zug kommt, wenn sie selbst aus administrativen Gründen (Senatskontrolle ...) nicht genug Mittel frei machen kann.

So wurde - nach Abrams jetzigem Geständnis - die Einbeziehung Bruneis in die Finanzierung der Contras am 16. Mai 1986 vom Nationalen Sicherheitsrat der USA in Gegenwart von Präsident Reagan und Vizepräsident Bush beschlossen (FAZ v. 4.6.1987).

Abrams führte die Verhandlungen mit Brunei und organisierte als "flankierende Maßnahme" den ersten Besuch eines amerikanischen Flugzeugträgers vor der Küste Bruneis.

Verwickelt in die Affäre ist anscheinend auch der pensionierte Generalmajor Singlaub. Er organisierte in Zusammenarbeit mit Abrams bisher die US-Anleitung der nicaraguanischen Contras. Gegenwärtig bereist er jedoch die Philippinen, um dort den Aufbau antikommunistischer "Milizen" zu unterstützen - und es halten sich

hartnäckige Gerüchte, daß seine Reiseroute auch über Brunei geführt hat.

Angesichts solcher Zusammenhänge gibt es eigentlich wenig Gründe zu glauben, daß die 10-Millionen-Spende des Sultans eine einmalige Angelegenheit war.

Hinzu kommt, daß den USA im Kontext der philippinischen Entwicklung offensichtlich daran gelegen ist, Brunei aktiver in die "Sicherheitspolitik" in Südostasien einzubeziehen. Neben dem Flugzeugträger-Besuch paßt dazu auch die Nachricht, daß Brunei im Mai seinen Beitrittswunsch zur sogenannten "Fünf-Mächte-Verteidigungs-Vereinbarung", einem Militärabkommen von Großbritannien, Australien, Neuseeland, Malaysia und Singapur aus dem Jahr 1971 erklärt hat.

Die Brunei-Affäre zeigt ganz deutlich, daß die "Sicherheitspolitik" im pazifischen Raum in doppelter Hinsicht in Bewegung gerät: an der Oberfläche staatlicher Vereinbarungen und im Untergrund, auf dem Feld der Formierung einer "Internationale" antikommunistische Terrorpolitik zwischen Asien und Zentralamerika.

Der Sultan wird wohl nicht das einzige Regierungsmitglied innerhalb ASEANs sein, das in diesen Prozeß verwickelt ist.

Frithjof Schmidt